# Stellungnahme

**Stellungnahme zum Eckpunktepapier zur Festlegung eines Regulierungsrahmens für Übertragungsnetzbetreiber der Bundesnetzagentur vom März 2025**

16. April 2025

Deutscher Gewerkschaftsbund
Keithstraße 1
10787 Berlin

**Kontaktpersonen:**

[redacted]

Übergreifende Bemerkungen zum Stromübertragungsnetz

Leistungsfähige Energienetze sind ein Grundpfeiler für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Sie sind eine entscheidende Voraussetzung für die Modernisierung, Dekarbonisierung und Elektrifizierung der deutschen Volkswirtschaft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert daher, dass die deutschen Stromnetze weiter entschlossen und ambitioniert ausgebaut und modernisiert werden.

Insbesondere ist ein leistungsfähiges Stromübertragungsnetz erforderlich, um das zunehmende regionale Ungleichgewicht von Stromerzeugung und -verbrauch auszugleichen, beispielsweise um die Offshoreerzeugung mit den deutschen Stromverbrauchszentren zu verbinden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnt ab, zur vermeintlichen Steigerung der Kosteneffizienz den Übertragungs-netzausbau zu limitieren. Dies würde die Elektrifizierung des Industrielands Deutschland gefährden. Das langfristige volkswirtschaftliche Risiko ausbleibenden Übertragungsnetzausbaus erscheint weit höher als die möglichen Vorteile kurzfristiger Kosteneinsparungen. Stattdessen muss das Übertragungsnetz weiter entschlossen und ambitioniert ausgebaut werden. Eine vorschnelle Reduktion der gesetzlich fixierten und der Netzausbauplanung zugrundeliegenden Ausbau- und Mengenpfade wird daher abgelehnt.

Die ansteigende Kostenbelastung durch Netzausbau und -modernisierung und das Netzengpassmanagement eröffnet Finanzierungsherausforderungen. Die Netzentgelte sind in den letzten Jahren deutlich angestiegen und belasten sämtliche Stromverbrauchergruppen. Nach Untersuchungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung müssen in den Ausbau allein des Übertragungsnetzes bis 2045 rund 328 Milliarden Euro investiert werden, [1] was bei unverändertem Netzentgeltregime in einem weiteren, schwer tragbaren Anstieg der Netzentgelte resultieren dürfte. Beschäftigte und Wirtschaft, die sich ohnehin im internationalen Vergleich hohen Stromkosten ausgesetzt sehen, drohen wirtschaftlich überfordert zu werden. Es drohen zunehmende Energiearmut und Deindustrialisierung.

Die Stabilisierung der Netzentgelte ist daher politisch dringend geboten. Als Sofortmaßnahme kann dies über einen Bundeszuschuss zu den Übertragungsnetzkosten realisiert werden, welchen der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt.

[1] Vgl. Bauermann, Tom; Kaczmarczyk, Patrick; Krebs, Tom (2024): Ausbau der Stromnetze: Investitionsbedarfe, https://www.imk-boeckler.de/de/faust-de-tail.htm?sync_id=HBS-009011.



Stark in Arbeit.

Strukturell kann insbesondere die Ausweitung der Eigenkapitalbasis der Netzbetreiber mit öffentlichem Kapital und eine zusätzliche Aufnahme von Fremdkapital die Finanzierungskosten des Netzausbaus erheblich absenken.[2] Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert daher, die Beteiligungen des Bundes an den Übertragungsnetzbetreibern zu verstetigen und auf sämtliche Übertragungsnetzbetreiber auszudehnen. Gegenüber einer Ausweitung der Eigenkapitalbasis durch private Kapitalgeber kann dies mehrere Milliarden Euro jährlich einsparen, die andernfalls über die Netzentgelte bzw. höhere Bundeszuschüsse refinanziert werden müssten.[3]

Die Finanzierungskosten einer Finanzierung durch private Kapitalgeber wären fast doppelt so teuer wie eine öffentliche Finanzierung;[4] zudem träten Verteilungseffekte auf, die der Deutsche Gewerkschaftsbund ablehnt: Nach Überzeugung des Deutschen Gewerkschaftsbundes muss dringend vermieden werden, dass durch Netzentgelte, die Beschäftigte und Realwirtschaft belasten, unnötig hohe Renditen von Finanzinvestoren finanziert werden.

Daneben spricht sich der Deutsche Gewerkschaftsbund dafür aus, das Übertragungsnetz insbesondere in Form von Freileitungen anstatt Erdkabeln auszubauen. Dies kann Milliarden einsparen und den Ausbau beschleunigen. Es hat sich zudem gezeigt, dass durch die Errichtung von Erdkabeln die erhoffte Akzep-tanzsteigerung des Netzausbaus nicht eintritt.

## Gute Arbeit bei den Übertragungsnetzbetreibern

Die Elektrizitätsverteilung ist eine systemrelevante Branche mit wachsender Beschäftigung. Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber beschäftigen etwa 8.250 Personen.[5] Nach Überzeugung des Deutschen Gewerkschaftsbundes muss ein besonderes Augenmerk der Regulierung durch die Bundesnetzagentur darauf liegen, Gute Arbeit bei den Netzbetreibern sicherzustellen.

Keinesfalls darf die Regulierung übermäßigen Druck auf Personalkosten und damit die Beschäftigten ausüben. Fehlanreize der bestehenden Netzregulierung (insbesondere im Bereich der Verteilnetze) haben dazu geführt, dass bisherige Regulierungsperioden häufig zu einer zusätzlichen, erheblichen Belastung der Beschäftigten geführt haben, insbesondere durch Personalabbau und Arbeitsverdichtung. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund steht außer Frage, dass sich vermeintlich Effizienzsteigerungen nicht auf Kosten der Beschäftigten realisieren lassen.

---

[2] Vgl. Kaczmarczyk, Patrick; Krebs, Tom (2025): Finanzierungsoptionen für den Stromnetzausbau und ihre Auswirkungen auf die Netzentgelte, https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009039.

[3] Vgl. ebd.

[4] Vgl. ebd.

[5] Vgl. https://www.netztransparenz.de/de-de/%C3%9Cber-uns/Aufgaben.



Stark in Arbeit.

Ein solcher Kurs würde auch Funktionsfähigkeit und Ausbau des Stromnetzes gefährden. Gerade vor dem Hintergrund sich zuspitzender Fachkräfteengpässe,[6] auch aufgrund der demographischen Entwicklung, und teilweise belastender Arbeitsbedingungen bei den Netzbetreibern (bspw. Schichtarbeit, Rufbereitschaften, gefährliche Tätigkeiten), wären Einsparungen im Personalbereich vollkommen kontraproduktiv. Die Schaffung von attraktiven Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen im Bereich der Stromübertragungsnetze, um motivierte Fachkräfte zu gewinnen und die Energiewende voranzutreiben, würde dadurch massiv eingeschränkt. Auch gefährden solche Einsparungen Qualität und Zuverlässigkeit der Aufgabenerfüllung.

Das genaue Gegenteil ist daher notwendig. Um die Herausforderungen der Energiewende zu meisten, sind gute Arbeit, mehr qualifiziertes Personal sowie Qualifizierungsmaßnahmen der Beschäftigten notwendig. Insbesondere Tarifverträge können dies sicherstellen und sollten in der Regulierung daher besonders berücksichtigt werden.

Weitere Aspekte des Eckpunktepapiers

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begreift die im Eckpunktepapier vorgeschlagenen Veränderungen insbesondere als Vereinfachung des Regulierungsrahmens. Eine solche Vereinfachung wird im Grundsatz begrüßt. Auch begrüßt es der Deutsche Gewerkschaftsbund, dass eine schnellere Berücksichtigung der energiewendebedingten Betriebskostensteigerungen ermöglicht werden soll.

In 2.1.1 ist festgehalten, dass Kosten anerkennungsfähig sein sollen, soweit sie „betriebsnotwendig und effizient" sind. Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes wäre wünschenswert, Personalkosten, insbesondere Personalkostensteigerungen aufgrund tarifvertraglicher Vereinbarungen, sowie Kosten der betrieblichen Mitbestimmung grundsätzlich als „betriebsnotwendig und effizient" einzustufen.

Zu 2.2.3 weist der Deutsche Gewerkschaftsbund darauf hin, dass eine stärkere öffentliche Finanzierung der Übertragungsnetzbetreiber einen vergleichsweise niedrigen Eigenkapitalzinssatz erlauben würde. Insbesondere die Ausweitung der Eigenkapitalbasis der Netzbetreiber mit öffentlichem Kapital und eine zusätzliche Aufnahme von Fremdkapital kann die Finanzierungskosten des Netzausbaus damit erheblich absenken (siehe auch oben). Es wird prinzipiell begrüßt, dass das WACC-Verfahren Anwendung finden soll.

In 2.3 findet sich die Formulierung „Ein letzter Baustein zur Erzielung einer effizienten Leistungserbringung könnten output-orientierte Regulierungsansätze für einzelne Sachverhalte der operativen Kosten (bspw. für bestimmte Personalkosten) darstellen". Der Deutsche Gewerkschaftsbund bittet die

[6] Vgl. Schmidt, Katrin; Stracke, Stefan (2024): Branchenanalyse Regionale Energieversorgungsunternehmen - Bedeutung und Beschäftigungswirkung vor dem Hintergrund der Energiewende, https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009017.



Stark in Arbeit.

Bundesnetzagentur hierzu um Erläuterung. Wie oben dargestellt muss es Ziel der Regulierung sein, Gute Arbeit bei den Übertragungsnetzbetreibern zu fördern. Regulierungsansätze, die unangemessenen Druck auf Personalkosten und Arbeitsbedingungen anreizen, werden abgelehnt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt, dass die Regulierung Anreize zur Beschleunigung des Netzausbaus umfassen soll. Es wird zugestimmt, dass insbesondere die Übertragungsnetzbetreiber einschätzen können, wie der Ausbau operativ beschleunigt werden kann. Zum skizzierten Mechanismus, den Übertragungsnetzbetreibern einen Bonus für die Absenkung des Redispatch auszuzahlen, bleiben indes offene Frage. Fehlanreize müssen vermieden werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt, dass die Forschung und Entwicklung bei den Übertragungsnetzbetreibern unterstützt und angereizt werden soll (2.5).